



Schluss mit Ehrenamt

Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin wird professioneller

LUXEMBURG
ANNETTE DUSCHINGER

Seit 2005 läuft in Luxemburg nun die Ausbildung zum Allgemeinmediziner. Was von einigen Pionieren unter den Hausärzten als Pilotprojekt begonnen wurde, hat sich bewährt, aber: „Nach zehn Jahren wird es Zeit, die Ausbildung auf ein nächstes Niveau zu heben, ihr einen professionelleren Rahmen zu geben und den Nachwuchs zu garantieren“, sagte der delegierte Hochschul- und Forschungsminister Marc Hansen gestern, als die Neuerungen vorgestellt wurden. Denn mit hohem ehrenamtlichen Einsatz von einem halben Dutzend Allgemeinärzten, die zudem so langsam ins Pensionsalter kommen, soll und wird es auf Dauer nicht funktionieren.

Mittelfristig und nach einer gewissen Übergangszeit sollen die Kurse nun von Allgemeinärzten gehalten werden, die zusätzlich einen PhD gemacht haben. Das heißt, dass sie in Zusammenarbeit zwischen der Uni.lu und dem „Luxembourg Institute of Health“ (LIH) auch in der Forschung tätig sind und ein Doktorat absolvieren. Sie werden zudem in der Lehre ausgebildet und arbeiten bereits praktisch mit Patienten. Dafür sollen sie ein besseres Entgelt bekommen, um sich in dieser Zeit „über Wasser halten zu können“.

20 Hausärzte pro Jahr ausgebildet

Die drei Pfeiler - Lehre, Forschung und Praxis - sollen also nun verstärkt werden. Von 180.000 Euro pro Jahr auf 480.000 Euro ab diesem Jahr und 580.000 Euro ab 2017 wird das Budget steigen. Das Geld fließt in die Dotation für die Luxemburger Uni ein, die sich nun auch personell mehr in die Betreuung der Ausbildung einbringen wird. „Die Universität kann damit einen wichtigen Beitrag für die medizinische Versorgung im Land leisten“, sagte Uni.lu-Rektor Rainer Klump. Es bestünden Überlegungen, das Modell auch auf andere Facharztrichtungen auszudehnen.

Fünf bis sechs junge Mediziner hätten sich schon gemeldet, die diese Zusatzausbildung durchlaufen zu wollen, sagte Dr. Nico Haas, der zusammen mit Dr. Siggy Rausch maßgeblich die Hausarzttausbildung aufbaute.



Wurden für ihr ihren weitgehend ehrenamtlichen Einsatz gelobt: Dr. Nico Haas (li.) und Dr. Siggy Rausch waren die Pioniere der Hausarzttausbildung in Luxemburg

Foto: Editpress

Sie umfasst 36 Monate Praktikum bei einem „Maitre de Stage“, die begleitet werden von 200 Stunden theoretischem Uni-Kurs und 45 Seminarstunden - zusammen mit den Prüfungen alles Leistungen, die von einem praktizierenden Hausarzt erbracht werden. 20 Allgemeinärzte wurden im Schnitt pro Jahr ausgebildet, 95 Prozent davon ließen sich dann auch in Luxemburg nieder.

Entscheidung über „Medical School“ fällt im Sommer
Ein erstes Jahr Medizin bietet die Uni bereits lange an und dann wieder für Mediziner, die nach sechs Jahren ihren Medizin-Master haben die Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin. Denn mit dem Bologna-Prozess wurde die Medizinerausbildung grundlegend geändert: Galt ein Mediziner mit abgeschlossenem Studium als Allgemeinmediziner und konnte direkt praktizieren, so wurde 1995 eingeführt, dass auch Allgemeinärzte eine dreijährige praktische Ausbildung an einem akademischen Lehrkrankenhaus durchlaufen müssen. Zehn Jahre dauerte es, bis die Ausbildung, die bis dato in einer großherzoglichen Verordnung festgelegt ist stand. Nun soll sie im Hochschulgesetz verankert werden, das in einiger Hinsicht derzeit abgeändert wird.

Entscheidung über „Medical School“ fällt im Sommer

Die Diskussionen um eine „Medical School“ für Luxemburg, die ein vollständiges Medizinstudium anbietet seien derweil noch nicht abgeschlossen.
„Es ist eine wichtige Entscheidung, die wir nicht über das Knie brechen wollen“, sagte Hansen. „Es laufen noch Gespräche mit Universitäten in der Grenzregion über mögliche Kooperationen.“ Bis Mitte des Jahres soll eine Entscheidung getroffen sein. ●

Die Diskussionen um eine „Medical School“ für Luxemburg, die ein vollständiges Medizinstudium anbietet seien derweil noch nicht abgeschlossen.
„Es ist eine wichtige Entscheidung, die wir nicht über das Knie brechen wollen“, sagte Hansen. „Es laufen noch Gespräche mit Universitäten in der Grenzregion über mögliche Kooperationen.“ Bis Mitte des Jahres soll eine Entscheidung getroffen sein. ●

Die Diskussionen um eine „Medical School“ für Luxemburg, die ein vollständiges Medizinstudium anbietet seien derweil noch nicht abgeschlossen.
„Es ist eine wichtige Entscheidung, die wir nicht über das Knie brechen wollen“, sagte Hansen. „Es laufen noch Gespräche mit Universitäten in der Grenzregion über mögliche Kooperationen.“ Bis Mitte des Jahres soll eine Entscheidung getroffen sein. ●

Die Diskussionen um eine „Medical School“ für Luxemburg, die ein vollständiges Medizinstudium anbietet seien derweil noch nicht abgeschlossen.
„Es ist eine wichtige Entscheidung, die wir nicht über das Knie brechen wollen“, sagte Hansen. „Es laufen noch Gespräche mit Universitäten in der Grenzregion über mögliche Kooperationen.“ Bis Mitte des Jahres soll eine Entscheidung getroffen sein. ●

NEWS

Erny Gillen will nicht mehr Priester sein

LUXEMBURG Fast auf den Tag genau, nachdem sich der Staat und die Religionsgemeinschaften im vergangenen Jahr (26. Januar) auf eine Neuregelung ihrer Beziehungen einigten - als damaliger Generalvikar war Erny Gillen einer der Hauptprotagonisten auf kirchlicher Seite - wurde gestern bekannt, dass Erny Gillen nach seinem Studienaufenthalt auf dem Boston College „auf persönlicher und beruflicher Ebene neue Weichen“ gestellt habe, wie es in einer Mitteilung des Erzbistums heißt. Er wolle zukünftig als Wissenschaftler den Fragen zum Thema „ethics and leadership“ im europäischen und internationalen Zusammenhang nachgehen. Gillen hat dann auch die Aufgabe seines Priesteramtes beantragt, und tritt zudem von all seinen Mandaten - er war unter anderem Verwaltungsratspräsident von Saint-Paul Luxembourg - zurück. Bereits am Aschermittwoch des letzten Jahres war Gillen symbolträchtig von seinem Posten als Generalvikar zurückgetreten. Dass er jetzt, vier Tage vor seinem 56. Geburtstag, auch sein Priesteramt aufgibt, lässt darauf schließen, dass Gillen einen radikalen Neuanfang plant. Sein Facebook-Konto hat er inzwischen jedenfalls schon mal gelöscht; auf Twitter ist er aber noch, allerdings ist er dort seit dem 19. Januar nicht mehr aktiv gewesen... ST.



Vier neue Petitionen

LUXEMBURG Vier neue Petitionen können seit gestern und bis zum 7. März unterzeichnet werden. Ein erste (Nr. 593) fordert eine Verlängerung des „congé pour raisons familiales“ von zwei Tagen auf sieben. Petition Nr. 594 verlangt eine Verbesserung und Erweiterung des Tätigkeitsbereiches des „Syndic“, um dafür sorgen zu können, dass das interne Miteigentumsreglement respektiert wird. Petition 595 greift das Thema „Chèque Service“ auf und will Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen. Eine vierte (Nr. 596) setzt sich für den Zugang zu Privatschulen für Schüler mit einer Behinderung oder spezifischen Bedürfnissen ein. LJ

Pedro Agramunt folgt auf Anne Brasseur

STRASSBURG Der konservative spanische Parlamentarier Pedro Agramunt ist neuer Präsident der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Er wird Nachfolger von Anne Brasseur, deren Amtszeit nach zwei Jahren endet. Als einziger Kandidat übernahm Agramunt gestern in Straßburg seinen Posten ohne Abstimmung. „Heute vereint uns die Überzeugung, dass wir in Europa unsere Probleme nur gemeinsam lösen können“, sagte er. Agramunt war seit Juni 2013 Vorsitzender der Gruppe der Christdemokraten in der Straßburger Versammlung. DPA

Wachstumsmodell geht auf Dauer nicht

Wirtschafts- und Sozialrat lud zum Sozialdialog zu Haushalt und Reformen



Die Analysen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern über Wettbewerb und Produktivität liegen weit auseinander - nun soll die Zukunftsdebatte zur „3. Industrierevolution“ neue Impulse geben

Foto: Editpress

LUXEMBURG Gestern fand zum zweiten Mal unter der Ägide des Wirtschafts- und Sozialrats (CES) das erste der jährlichen Treffen der

Sozialpartner zum Europäischen Semester statt. Es dient dazu, den Puls zu fühlen, wie die Sozialpartner zur wirtschaftlichen und sozialen Situa-

tion stehen: Die Regierung stellt die große Orientierung der Haushalts- und Reformpolitik vor, die Gewerkschaften und der Unternehmerverband UEL präsentieren ihre Analysen und Positionen zu den Wachstumsprognosen der EU-Kommission. Bis April müssen die Mitgliedstaaten dann ihre Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme zu ihren nationalen Haushalten vorlegen.

Die Gewerkschaften drangen gestern auch weiterhin auf steuerliche Maßnahmen, die den Arbeitnehmern mehr Kaufkraft und mehr Steuergerechtigkeit bringen und beriefen sich dabei nicht zuletzt auf die Mahnungen der Kommission in Bezug auf die wachsenden Einkommensungleichheiten in Luxemburg.

Der Präsident der UEL, Michel Wurth, forderte derweil ein neues Wirtschaftsmodell für Luxemburg:

Nicht zuletzt mit COP21 und auf dem Davoser Wirtschaftsgipfel wurde deutlich, dass die Weltwirtschaft bis 2050 ein solches entwickelt haben muss. Luxemburg und die EU hätten bereits Zeit verloren.

Die „Dritte Industrierevolution“ (TIR) sei im Gange und die Diskussionen dazu fundamental wichtig - es erging der Appell an Premier Xavier Bettel, die Arbeitnehmerkammer und die Staatsbeamtenkammer ins Steuerungskomitee des TIR-Projektes einzubeziehen. Unser auf permanentes Beschäftigungswachstum aufgebautes Modell würde auf Dauer nicht funktionieren und setze das Sozialsystem großer Gefahr aus.

Premier Bettel versprach derweil, dass die Regierung ihre Verantwortung übernehme und nun nach Kompromissen suchen werde. DU